

09.12.98

AS - Wi

**Antrag**

**des Freistaates Bayern**

---

**Entschlieung des Bundesrates zur Kündigung der Werkvertragsvereinbarungen mit mittel- und osteuropäischen Staaten sowie mit der Türkei**

DER BAYERISCHE MINISTERPRÄSIDENT

München, den 8. Dezember 1998

B III 1

An den  
Präsidenten des Bundesrates  
Herrn Ministerpräsidenten  
Hans Eichel

Sehr geehrter Herr Prsident!

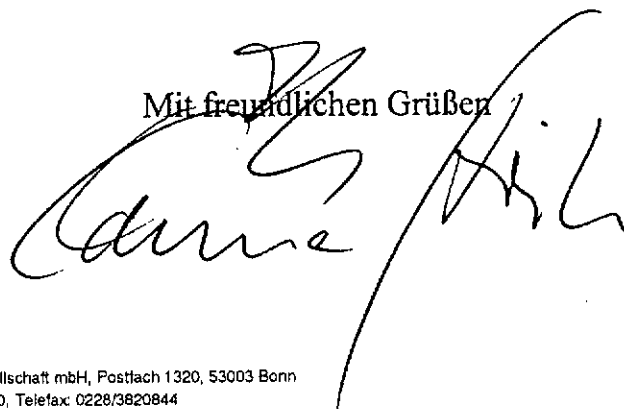
Gemäß dem Beschluß der Bayerischen Staatsregierung übermittle ich die  
in der Anlage mit Begründung beigefügte

Entschlieung des Bundesrates zur Kündigung  
der Werkvertragsvereinbarungen mit mittel-  
und osteuropäischen Staaten sowie mit der Türkei

mit dem Antrag, daß der Bundesrat diese fassen möge.

Ich bitte, die Entschlieung den Ausschüssen zuzuweisen.

Mit freundlichen Gren



## **EntschlieÙung des Bundesrates zur Kündigung der Werkvertragsvereinbarungen mit mittel- und osteuropäischen Staaten sowie mit der Türkei**

---

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, erneut Verhandlungen mit den Vertragsstaaten zu führen mit dem Ziel, eine nachhaltige Reduzierung der Werkvertragskontingente zu erreichen und die Kündigung der Vereinbarungen spätestens zum Jahresende 2001 vorzubereiten.

### Begründung:

Die von der Bundesregierung vor Jahren abgeschlossenen Werkvertragsvereinbarungen mit MOE-Staaten und der Türkei verfolgen das Ziel, wirtschaftliche und technische Unterstützung zu leisten. Dieses Ziel, durch die Zusammenarbeit mit deutschen Firmen westliches Know-how zu vermitteln und die MOE-Staaten in ihren Reformbestrebungen zu unterstützen, ist weitgehend erreicht. Daneben sind die Belastungen des Arbeitsmarkts durch im Jahresdurchschnitt rund 50.000 legal beschäftigte Werkvertragsarbeitnehmer nicht länger vertretbar. Die legale Werkvertragstätigkeit bietet auch ein Einfallstor für illegale Betätigung und unerlaubte Arbeitnehmerüberlassung. Zwar ist die Prüf- und Kontrolltätigkeit der Bundesanstalt für Arbeit in bemerkenswertem Umfang ausgeweitet worden, die Aufdeckung und Ahndung von Verstößen bleibt jedoch mit erheblichen aus der Komplexität der Materie sich ergebenden Schwierigkeiten behaftet. Es ist deshalb dringend erforderlich, die Werkvertragskontingente in erneuten Verhandlungen mit den Vertragsstaaten deutlich zu reduzieren und bis spätestens Ende 2001 ganz auslaufen zu lassen.